

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 21.08.2019
- 5** Einwohnerfragestunde
- 6** Jahresbericht 2019 der Wirtschaftsförderung
Vorlage: MV/005/2020
- 7** Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen; Sachstand kommunales Förderprogramm
Vorlage: MV/001/2020
- 8** Fortsetzung des gemeinsamen KMU-Förderprogramms für die Jahre 2021 bis 2027
Vorlage: BV/001/2020
- 9** Neustrukturierung der Radwanderinfrastruktur in der Ammerländer Parklandschaft; Vermarktungspaket
Vorlage: BV/004/2020
- 10** Schülerbeförderung SEK II; Sachstandsbericht
Vorlage: MV/004/2020
- 11** Mitteilungen des Landrates
- 12** Anfragen und Hinweise
- 13** Einwohnerfragestunde
- 14** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Stellv. Vorsitzender Brunßen eröffnet die Sitzung des Wirtschaftsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Stellv. Vorsitzender Brunßen stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 21.08.2019

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Egon Harms, Vorsitzender des Ortsbürgervereins Torsholt fragt nach dem Sachstand des Breitbandausbaus, wann mit dem Beginn gerechnet werde und wann die Bürgerinnen und Bürger über den Ausbaustand informiert würden.

Ltd. KVD Dr. Jürgens weist darauf hin, dass wegen des laufenden Ausschreibungsverfahrens zurzeit noch keine näheren Auskünfte gegeben werden könnten. Er teilt mit, dass für die Projekte „Weiße Flecken“ und „Krankenhäuser und Schulen“ die Förderanträge in beantragter Höhe vom Bund genehmigt worden seien. Mit diesen vorläufigen Förderbescheiden sei man in die Ausschreibung eingestiegen. Das Ausschreibungsverfahren werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen und mit einem Endergebnis sei nicht vor Spätsommer diesen Jahres zu rechnen. Danach werde von der bezuschlagten Firma ein Bauprogramm für die nächsten Jahre erstellt. Er weist darauf hin, dass der Landkreis Ammerland keinen Einfluss auf das Bauprogramm haben werde. Der Landkreis habe im Rahmen des Markterkundungsverfahrens durch das beauftragte Planungsbüro eine Karte erstellen lassen, die in das Ausschreibungsverfahren eingeflossen sei. Die adressbezogenen Daten würden erst mit Zuschlagserteilung freigegeben. Insofern könnten genauere Auskünfte erst nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens erfolgen.

Zu TOP 6 Jahresbericht 2019 der Wirtschaftsförderung Vorlage: MV/005/2020

KVR Carstens verweist auf den mit den Unterlagen versandten Jahresbericht 2019 der Wirtschaftsförderung. Er geht kurz auf einen Bericht in der NWZ ein, der die Ar-

beit der Ammerländer Wirtschaftssenioren eindrucksvoll dargestellt habe. Im Weiteren hebt er das Förderprogramm der NBank zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung hervor. Er führt aus, dass der Landkreis Ammerland seit dem Jahr 2017 die meisten Unternehmensförderungen habe einwerben können. So habe die Wirtschaftsförderung insgesamt 101 Beratungen durchgeführt und 21 Vorhaben seien bewilligt worden. Zur Unterstützung von Investitionen in Höhe von über 37 Mio. Euro seien 7,6 Mio. Euro Zuschüsse an Ammerländer Betriebe ausgezahlt worden. Es seien 136 Arbeitsplätze geschaffen worden.

KVR Carstens geht im Weiteren auf den aktuellen Stand ein und führt aus, dass 9 Anträge mit einer Fördersumme in Höhe von 1,8 Mio. Euro zur Einplanung bei der NBank vorliegen würden und 15 weitere Anträge mit 3,6 Mio. Euro beantragter Zuschüsse bereits vorgeprüft seien. Zurzeit sei die Mittelausstattung völlig unklar und der Ansturm auf das letzte Jahresbudget sei in vollem Gange. Es sei zu hoffen, so KVR Carstens, dass mit den gut vorbereiteten Anträgen noch möglichst viele Ammerländer Unternehmen bedient werden können.

KVR Carstens führt abschließend bewertend aus, dass es sich trotz der vielen Arbeit gelohnt habe, dass das Wirtschaftsministerium die Landkreise Ammerland, Cloppenburg und Wesermarsch nach der Hälfte der siebenjährigen Laufzeit des Förderprogrammes wieder in die Förderkulisse aufgenommen habe. Bedauerlicherweise müsse nach derzeitigem Stand der Informationen davon ausgegangen werden, dass in der neuen Förderperiode ab dem Jahr 2021 wegen des deutlich geringeren Budgets das Ammerland nicht in der Fördergebietskulisse sein werde.

KA Drieling lobt die erfolgreiche Arbeit der Wirtschaftsförderung, durch die der Landkreis Ammerland bei der GRW-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) landesweit an erster Stelle stehe und fast 37 Mio. Euro an Investitionen begleitet worden seien. Er geht im Weiteren auf den Jahresbericht und insbesondere auf die Existenzgründungen ein. Er verweist auf den Gründungsindex auf Seite 5 des Berichtes, bei dem deutlich werde, dass der Landkreis Ammerland auch dort seit vielen Jahren mit an der Spitze stehe. Dies lasse erkennen, dass die Wirtschaftsförderung ein gutes System entwickelt habe, Betriebe und Gründer zu interessieren. Das vom Land aufgelegte Programm „MikroSTARTer“ zur Gründung von Betrieben sei ebenfalls von der Wirtschaftsförderung des Landkreises Ammerland erfolgreich umgesetzt worden, indem man beratend auf die Betriebe zugehe. Der Jahresbericht mache deutlich, dass die Wirtschaftsförderung des Landkreises Ammerland sehr gut funktioniere und sich im Vergleich mit anderen Städten und Regionen positiv abhebe.

KA Drieling geht weiter lobend auf die Arbeit der Wirtschaftssenioren des Landkreises Ammerland ein. Es gebe zwar weniger Nachfragen nach Unterstützung in der Startphase durch Wirtschaftssenioren, aber dafür eine langfristige Betreuung. Er habe die Möglichkeit gehabt einen Betrieb zu besichtigen, der durch die Wirtschaftssenioren betreut werde. Der Betriebsinhaber habe die Unterstützung durch die Wirtschaftssenioren, die dem Betrieb auch bei der Weiterentwicklung beratend zur Seite stehen würden, lobend hervorgehoben. Der Landkreis Ammerland könne froh darüber sein, dass die Wirtschaftsförderung so erfolgreich und gut arbeite.

KA Taeger führt aus, dass auch die SPD-Fraktion die Arbeit der Wirtschaftsförderung lobe. Es sei erfreulich, dass bei Betrachtung der Grafiken der Landkreis Ammerland bei den Antragszahlen und Bewilligen weit vorne liege. Sie dankt KVR Carstens für die erfolgreiche Arbeit der Wirtschaftsförderung.

KA Taeger geht im Weiteren auf die Berichte zu Kooperationen und Netzwerken ein. Sie spricht die Innovation in der Daseinsvorsorge an, bei der ein Förderantrag nicht bewilligt worden sei. Sie fragt nach, ob stattdessen andere Anträge gestellt worden seien und was derzeit unternommen werde.

Des Weiteren geht KA Taeger zum Fachkräftebündnis auf die Themen der Folgeprojekte wie Energiebildung und Berufe im Nordwesten ein, bei denen es Ziel sei, ein Onlineportal zur Berufsorientierung für allgemeinbildende Schulen aufzubauen. Sie fragt nach, was gemacht werde, wenn ein Projekt abgeschlossen sei und es kein Folgeprojekt gebe. Ähnlich verhalte es sich beim Kooperationsnetzwerk zur Fachkräftesicherung und sie fragt, ob weitere Aktivitäten durchgeführt würden, um die Ergebnisse aus den Projekten optimal zu nutzen.

KVD Denker antwortet auf die Frage nach dem erfolglosen Antrag in dem Projekt „Soziale Innovation in der Daseinsvorsorge“ und Folgeprojekten, dass der EU-Förderantrag abgelehnt worden sei, weil er in der vergleichenden Betrachtung zu übrigen Anträgen aus der EU zu wenig Punkte erhalten habe. Gleichwohl finde in dem Projekt eine weitere Entwicklung statt. Bei einem Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Landkreise und kreisfreien Städte am 12.02.2020 sei ein Beschluss darüber herbeigeführt worden, dass man in den Schwerpunkthandlungsfeldern konkrete Projekte umsetzen wolle. Er spricht z. B. das Schwerpunktthema „Gesundheit und Pflege“ an. Es sei das Einzelprojekt „Erstellung eines Kurzzeitpflegeportals für den gemeinsamen Raum Weser-Ems“ auf den Weg gebracht worden. Mit diesem Projekt begegne der Raum einer aktuellen Herausforderung. Es bestehe die Notwendigkeit, entsprechende Lösungen anbieten zu müssen.

KVR Carstens geht auf das Folgeprojekt „Pflege Connection U2“ ein, das im Fachkräftebündnis Nordwest laufe. In diesem Projekt sei geplant, dass das Institut für ökonomische Bildung ein Folgeprojekt im Bereich der Pflege durchführe. Man beziehe sich dabei auf das Projekt „Energiebildung und Berufe“ und wolle im Folgeprojekt an die Schulen Impulse und Erfahrungen im Bereich Pflegeberufe weitergeben.

KVR Carstens macht deutlich, dass das Projekt sehr arbeitsintensiv sei und man mit einem geringen Budget auskommen müsse.

KA Köster schließt sich den lobenden Worten seiner Vorredner an. Die Wirtschaftsförderung könne zu Recht stolz auf ihre Arbeit sein. Er geht auf das Ende der Förderperiode im Jahre 2021 ein und fragt nach, welche Bedeutung das Ende für den Landkreis Ammerland bzw. für die Wirtschaftsförderung habe und ob der Landkreis die Förderungen kompensieren bzw. komplett übernehmen könne.

LR Bensberg erläutert, dass die Folgen aus dem Ende der Förderperiode noch zu diskutieren seien. Der Landkreis Ammerland könne nicht alle wegfallenden Programme mit eigenen Fördermitteln fortsetzen.

Es müsse daher evaluiert werden, welche Vorteile der Landkreis gehabt habe. Durch die Ausführungen von KVR Carstens sei deutlich geworden, wie arbeitsintensiv und aufwändig die Mitarbeit z. B. im Fachkräftebündnis sei und der Ertrag sei doch eher überschaubarer als bei anderen Projekten. In diesem Projekt werde es wahrschein-

lich einen einstellenden Verwaltungsvorschlag geben, wenn Fördermittel nicht weiter zur Verfügung gestellt werden.

KA Bohmann führt aus, dass die Wirtschaftsförderung von ihrer guten Strategie lebe, aber insbesondere auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wirtschaftsförderung, die die Strategie mit Leben erfüllen würden. Er hebt besonders die Ammerländer Wirtschaftsrunden und das Unternehmer-Frühstück hervor, bei denen den Beteiligten wichtige Informationen gegeben würden. Die Veranstaltungen würden immer gut besucht sein und er sei davon überzeugt, dass es eine weitere gute Resonanz geben werde.

Stellv. Vors. Brunßen dankt KVR Carstens und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die erfolgreiche Arbeit und wünscht weiterhin viel Erfolg.

**Zu TOP 7 Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen; Sachstand kommunales Förderprogramm
Vorlage: MV/001/2020**

KVR Carstens führt aus, dass das gemeinsame kommunale Förderprogramm, trotz der parallel geführten Beratungen über das NBank-Programm mit ähnlichen Förderinhalten im Jahr 2019 wieder ausgesprochen gut nachgefragt worden sei. Er teilt mit, dass im Jahr 2019 mit dem kommunalen Förderprogramm mit deutlich weniger Fördermitteln die Schaffung genauso vieler Arbeitsplätze begleitet worden sei wie mit dem Programm der NBank seit 2017. Insgesamt habe man im Jahr 2019 96 Unternehmer von einer Antragstellung überzeugen können und 47 Förderungen seien bewilligt worden. Die Fördersumme betrage 663.000,00 € und die damit unterstützten Investitionen würden sich auf über 6,9 Mio. Euro belaufen. Seit dem Jahr 2008 seien über 1 000 Anträge bearbeitet worden. Es könne resümiert werden, dass sich das Förderprogramm auch im Bereich der Unternehmer gut etabliert habe.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 8 Fortsetzung des gemeinsamen KMU-Förderprogramms für die Jahre 2021 bis 2027
Vorlage: BV/001/2020**

KVR Carstens trägt den Sachverhalt vor. Er führt aus, dass zur Vorbereitung der Sitzung ein Zwischenfazit des laufenden Programms seit dem Jahr 2014 gezogen worden sei. In dieser Zeit seien mehr als 600 Anträge gestellt worden, die alle mit einer Beratung begleitet worden seien. Insgesamt seien über 73 Mio. Euro investiert worden, die mit 3,9 Mio. Euro an Zuschüssen unterstützt worden seien. Des Weiteren seien 900 neue Dauerarbeitsplätze gefördert worden. Die Förderung sei sehr adressatengerecht. U. a. habe das Handwerk ein Drittel der Gesamtförderungen erhalten. Des Weiteren sei mehr als ein Drittel der Zuschüsse an Existenzgründer ausgezahlt worden.

KVR Carstens führt im Weiteren zu den vorgeschlagenen Änderungen der Richtlinie aus, die auf den Seiten drei und vier der Vorlage aufgeführt worden sind. Er teilt abschließend mit, dass die Aufteilung des Budgets zu 50 % auf den Landkreis, zu 25 % auf die Standortgemeinden und zu 25 % auf den Gemeindepool entfallen solle. Dadurch komme auf die Gemeinden keine Mehrbelastung zu.

KA Bohmann führt aus, dass das kreiseigene KMU-Programm sehr wertvoll sei und bei den Unternehmen gut ankomme. Es treffe die komplette Bandbreite der Betriebe im Landkreis Ammerland. Darum sei es besonders wichtig, dass die Unternehmen frühzeitig über die Weiterentwicklung und über Änderungen bei den Förderungen informiert würden, damit eine Planungssicherheit hergestellt werden könne. Den Betrieben müsse eine gewisse Vorlaufzeit und Absprachemöglichkeit mit der Wirtschaftsförderung gegeben werden. Als besonders positiv hebt KA Bohmann die Förderung zur Beseitigung von Leerständen in den einzelnen Gemeinden und der Stadt Westerstede hervor. Gerade die Unternehmer, die eine Förderung beantragten, seien über jede Förderung für Investitionen dankbar.

KA Bohmann geht im Weiteren auf die Veränderung bei Betriebsübernahmen innerhalb von Familien ein, die nunmehr von einer Förderung ausgeschlossen seien. Diese Änderung sei seitens der CDU-Fraktion positiv aufgenommen worden.

KA Köster führt aus, dass die Fraktion B90/Die Grünen das KMU-Programm seit Jahren unterstützt hätte. Die geplanten Änderungen seien positiv zu bewerten. Es sei immer wieder seitens seiner Fraktion als Kritikpunkt das fehlende Förderkriterium der nachhaltigen CO₂-Einsparungen geäußert worden. Deshalb sei es erfreulich und sehr zu begrüßen, dass dieser Aspekt nunmehr als Kriterium aufgenommen worden sei.

KA Drieling schließt sich den lobenden Worten seiner Vorredner an. Man habe erkennen können, dass das KMU-Programm auch nach Wegfall der EU-Förderung weiter stark nachgefragt worden sei. Die FDP-Fraktion sei damit einverstanden, dass das KMU-Programm um 100.000,00 € aufgestockt werde, um eine größere Förder-summe zur Verfügung zu haben. Auch die Änderungsvorschläge, die auf Erfahrungen beruhen würden, würden mitgetragen. Er geht kurz auf die Beseitigung von Leerständen in den Nahversorgungsbereichen ein. Damit werde ein guter Impuls gegeben, Leerstände zu verhindern oder abzubauen. Die FDP-Fraktion halte die Fortsetzung des gemeinsamen KMU-Förderprogramms mit den geplanten Änderungen für gut und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Woltmann ist der Meinung, das Erfolgsmodelle weitergeführt werden sollten. Aufgrund der letzten Jahre könne man sagen, dass es sich bei dem KMU-Programm um ein Erfolgsmodell handle, weil viel Positives dabei herausgekommen sei und viele neue Arbeitsplätze von den Unternehmen geschaffen worden seien. Daher sei es richtig, das Programm mit den geplanten Änderungen weiterzuführen.

KA Woltmann geht auf den Bereich Freiberufler ein, die von der Förderung ausgeschlossen bzw. nur eingeschränkt gefördert werden sollen. Sie fragt nach dem Grund des Ausschlusses bzw. der Einschränkung aus der Förderung. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass das Datum in dem Entwurf für das Inkrafttreten auf den 01.01.2020 gesetzt worden sei. Laut der Vorlage müsse es der 01.01.2021 sein.

KVR Carstens dankt für den Hinweis auf das Datum des Inkrafttretens. Zu den Freiberuflern erläutert er, dass die Förderung von Freiberuflern schon seit mehreren Jahren in der Diskussion stehe. Das Wirtschaftsfördernetzwerk habe die Einbeziehung der Freiberufler auch aktuell erneut beraten und es sei beschlossen worden, dass

Freiberufler nur noch in Ausnahmefällen aus dem KMU-Förderprogramm gefördert werden sollen.

LR Bensberg führt ergänzend aus, dass aus den Erfahrungen heraus insbesondere bei der Übernahme von freiberuflichen Tätigkeiten in medizinischen, steuerberatenden oder ähnlichen Bereichen eine Förderung in Anspruch genommen worden sei. Anhand eines Beispiels einer Zahnarztpraxis macht LR Bensberg die Problematik einer Förderung von Freiberuflern deutlich. Es sei unglaublich, dass eine gut funktionierende Zahnarztpraxis nach einer Übergabe stillgelegt werden müsse, wenn keine KMU-Förderung erfolge. Dabei gehe aus dem Förderbudget gutes Geld verloren, was an andere Stelle möglicherweise nötiger sei.

KVR Carstens macht deutlich, dass es Ausnahmefälle geben könne, wie z. B. bei der Ansiedlung einer Landarztpraxis. Die Kommunen müssten dann bestätigen, dass es sich um einen besonderen Ausnahmefall handle.

KA Taeger führt aus, dass es sich bei dem KMU-Programm um ein erfolgreiches Programm handle. Die hohe Anzahl der Anträge sei ihrer Meinung der guten wirtschaftlichen Lage zuzuschreiben und nicht allein dem KMU-Förderprogramm. In der SPD-Fraktion sei man sich einig, dass die neuen Förderbedingungen noch überdacht werden müssen. Sie bittet darum, den Beschlussvorschlag in der heutigen Sitzung noch nicht abschließend zu beschließen, um mehr Zeit für die Beratungen in der Fraktion zu haben. Der Beschlussvorschlag werde insoweit mitgetragen, dass das KMU-Förderprogramm weiter fortgeführt werden solle. Über die Höhe der Fördersumme und über weitere Details wolle man sich aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht festlegen.

LR Bensberg fragt nach, ob eine gesonderte Fachausschusssitzung gewünscht sei oder eine zeitliche Verschiebung der Beratung und Beschlussfassung in Kreisausschuss und Kreistag auf die Sommersitzungen erfolgen solle. Dafür könnten dann die Hinweise und Änderungswünsche aus der Fraktion von der Verwaltung vorbereitet und mit den kommunalen Partnern abgestimmt werden.

KA Taeger zeigt sich mit einer unmittelbaren Beratung in Kreisausschuss und Kreistag im Sommer einverstanden, sofern nicht aus anderen Gründen ohnehin ein Wirtschaftsausschuss vorher einberufen werden müsse.

KA Orth führt aus, dass auch für UWG-Fraktion das KMU-Förderprogramm ein Erfolgsmodell sei. Die geplanten Änderungen seien aus den Erfahrungen aus den letzten Jahren notwendig und eingearbeitet worden. In Bezug auf die Freiberufler sei er ebenfalls der Meinung, dass dort gefiltert werden müsse und nur in Ausnahmefällen nach Rückmeldung der betroffenen Kommune eine Förderung gewährt werden sollte. Die Anzahl der Förderungen mache deutlich, dass der Landkreis Ammerland eine gute Nähe zu Wirtschaft und Handwerk habe und als Partner gesehen werde. Diese Partnerschaft müsse aufrecht erhalten werden. Eine Erhöhung der Fördersumme könne seitens der UWG-Fraktion mitgetragen werden und bedürfe keiner weiteren Beratung. Die KMU-Förderung sei über Jahrzehnte gewachsen und man könne allen Beteiligten höchstes Lob aussprechen.

KA Woltmann führt aus, dass der Antrag auf eine Vertagung der Beschlussfassung mitgetragen werden könne. Sie vermutet, dass die SPD - Fraktion bereits Änderungsüberlegungen habe und fragt nach, in welche Richtung dabei gedacht werde. Die seitens der Kreisverwaltung vorgelegten Änderungen könnten von der CDU-Fraktion unterstützt werden. Die CDU-Fraktion könne insofern dem Beschlussvorschlag bereits in dieser Sitzung zustimmen.

KA Oeltjen macht deutlich, dass die SPD-Fraktion sich inhaltlich intensiver mit dem Thema befassen wolle. Die Beschlussvorlage sei eine Abstimmung zwischen Gemeinden/Stadt und Landkreis. In den Fachausschüssen der Gemeinden sei über das Thema noch gar nicht gesprochen worden. Die Thematik sei von der Kreisverwaltung wohl durchdacht und abgesprochen worden. Die SPD-Fraktion habe aber das Bedürfnis, Einzelaspekte selber noch zu hinterfragen. Als ein Beispiel führt er die Herabsetzung der Zeiten bei den Wirtschaftsgütern von fünf auf drei Jahre an, die noch Diskussionsbedarf auslöse. Aus diesem Grund werde um eine spätere Beschlussfassung gebeten.

Stellv. Vors. Brunßen fasst zusammen, dass der Beschluss dahingehend geändert werde, dass über die Richtlinie und die erforderlichen Finanzmittel im Kreisausschuss am 10. Juni 2020 und im Kreistag am 7. Juli 2020 abschließend beraten werden solle. Grundsätzlich seien die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses damit einverstanden, dass das KMU-Förderprogramm weiter fortgeführt werde.

LR Bensberg weist darauf hin, dass die gemeindliche Ebene auf Basis des gemeinschaftlich erarbeiteten Papiere ihre Gremien beteiligen werde. Er bittet darum, eventuelle Änderungs- oder Ergänzungshinweise möglichst frühzeitig einzureichen, um diese rechtzeitig mit den Gemeinden/der Stadt abstimmen zu können.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Das gemeinsame KMU-Förderprogramm zur Finanzierung der Förderung von kleinen bis mittleren Unternehmen soll in den Jahren 2021 bis 2027 weitergeführt werden. Die Richtlinie und die dazu erforderlichen Finanzmittel sollen in der Sitzung des Kreisausschusses am 10. Juni 2020 und in der Sitzung des Kreistages am 7. Juli 2020 abschließend beraten werden.

**Zu TOP 9 Neustrukturierung der Radwanderinfrastruktur in der Ammerländer Parklandschaft; Vermarktungspaket
Vorlage: BV/004/2020**

KVR Carstens trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er teilt mit, dass die Aufnahme des Projektes in das GVFG-Jahresbauprogramm erfolgt sei und die Maßnahme planmäßig verlaufe. Er teilt des Weiteren mit, dass die Touristik zeitgleich an der Vermarktung der Radrouten arbeite. Neben einer Übersichtskarte für den gesamten Landkreis Ammerland solle ein detailliertes Tourenverzeichnis erstellt werden, in dem alle Touren mit Beschreibung der Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten enthalten seien. Die Kosten für 45.000 Karten und 15.000 Tourenverzeichnisse würden bei ca. 58.000,00 € liegen. Eine 50 %ige Förderung über Leader sei möglich. Für den Restbetrag werde vorgeschlagen, die Kosten je zur Hälfte auf den Landkreis und die Gemeinden/die Stadt aufzuteilen.

KA Drieling hält die neue Regelung und Systematik für Radtouren für gut. Er fragt zu den Karten und Tourenverzeichnissen, ob diese kostenlos abgegeben würden. Er schlägt vor, die Unterlagen bei der Touristik gegen eine Schutzgebühr zu vergeben oder die Karten und Tourenverzeichnisse als Beilage der Northwest-Zeitung zu verteilen.

KVD Denker weist darauf hin, dass die Karten und das Tourenverzeichnis nach der Leader-Förderung nur gegen eine Schutzgebühr ausgegeben werden sollen.

KA Töpfel führt aus, dass die Fraktion B90/Die Grünen die Neustrukturierung der Radwegeinfrastruktur begrüße. Die Markierungen im Kartensystem würden entsprechend einfach ausfallen und damit reiche das Format 1:60 000 aus. In der Ausarbeitung sei ausgeführt, dass 56 % der Radfahrer am liebsten auf Karten zurückgreifen würden. Die Tendenz gehe aber eindeutig in Richtung Digitalisierung. Seiner Meinung nach müsse über die Einrichtung einer APP nachgedacht werden, in der das Kartenmaterial hinterlegt sei. Er bittet darum, die Einrichtung einer APP zu prüfen.

KVD Denker dankt für den Hinweis und führt aus, dass über eine Digitalisierung und die Einrichtung einer APP bereits nachgedacht worden sei. Eine Kostenermittlung werde durchgeführt.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Im Rahmen der Marketingaktivitäten zur Neustrukturierung der Radwanderinfrastruktur wird ein Vermarktungspaket (Tourenverzeichnis und Übersichtskarte) erstellt. Die Erträge und Aufwände sind in den Haushalt 2020 einzustellen.

**Zu TOP 10 Schülerbeförderung SEK II; Sachstandsbericht
Vorlage: MV/004/2020**

KVR Holthusen verweist zum aktuellen Sachstand auf die ausführliche Vorlage. Er geht insbesondere auf die landespolitische Entwicklung ein. Das Thema werde zurzeit im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung im Landtag beraten. Die kommunalen Spitzenverbände hätten im Rahmen des Verfahrens Stellung genommen. Er verweist diesbzgl. auf die Anlagen zur Vorlage. Die Landesregierung sei aber immer noch im Bereich der Meinungsbildung und insofern liege ein abschließendes Ergebnis noch nicht vor.

Zum Bereich VBN und ZVBN führt KVR Holthusen aus, dass sich die Beratungen dort auf die Herausgabe eines verbundweit gültigen Jahrestickets mit einem Einführungspreis in Höhe von ca. 365 Euro/Jahr konzentrieren würden. Die Einführung eines solchen Tickets hätte erhebliche Einnahmeverluste für alle Beteiligten und insbesondere für den Schienenpersonennahverkehr zur Folge. Die LNVG habe signalisiert, dass sie mit der Einführung nicht einverstanden sei. Die Beratungen seien allerdings noch nicht abgeschlossen. Aus Sicht der Kreisverwaltung sollte vor dem Hintergrund der zunehmenden aktuellen politischen Beratungen an der Vertagung einer Entscheidung festgehalten werden. Es sei davon auszugehen, dass in absehbarer Zeit vom Land Niedersachsen eine Entscheidung getroffen werde.

Stellv. Vors. Brunßen weist darauf hin, dass im nichtöffentlichen Teil neue Erkenntnisse mitgeteilt würden.

KA Köster führt aus, dass alle die Einführung eines Schülertickets befürworten, aber alle die dafür aufzubringenden Kosten scheuen würden. Die Situation in Niedersachsen sei schwieriger als in anderen Bundesländern, weil viele Verkehrsbetriebe zusammengeführt werden müssen. In Hessen werde ein Schülerticket seit vielen Jahren erfolgreich eingesetzt. Er ist skeptisch, dass eine Umsetzung in Niedersachsen funktionieren werde. Insofern müsse es zumindest auf Ebene des VBN eine Einigung geben. Die Fraktion B90/Die Grünen halte den Antrag für sinnvoll. Er würde sich freuen, wenn ein Grundsatzbeschluss auf den Weg gebracht werden könne, der aussagt, dass der Kreistag sich ein Schülerticket wünsche.

KA Oeltjen sieht Probleme bei der Landesnahverkehrsgesellschaft als Partner des Zweckverbandes. Er geht auf den Wortbeitrag von KA Köster ein und schlägt vor, wenn im nichtöffentlichen Teil keine ausreichende Beantwortung der Fragen gegeben werde, eine Resolution auf den Weg zu bringen. Es müsse Bewegung in die Angelegenheit gebracht werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 11 Mitteilungen des Landrates

Keine Mitteilungen.

Zu TOP 12 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 13 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 14 Schließung der öffentlichen Sitzung

Stellv. Vors. Brunßen schließt die öffentliche Sitzung.